

FAKTEN, ARGUMENTE, DATEN UND HINTERGRÜNDE ZUM THEMA 2 IM PARTEILEHRJAHR



Konsequentes Wirken für eine Aktivierung und das gemeinsame Handeln aller Friedenskräfte

Thema 2 des Parteilehrjahres: Der XI. Parteitag über den Kampf um den Frieden. Die Politik des sachlichen Dialogs und der Zusammenarbeit – Beitrag der DDR für die Gesundung der internationalen Lage und die Rückkehr zur Entspannung.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, hat im Verlauf des Treffens mit dem USA-Präsidenten, R. Reagan, in Reykjavik weitgehende und umfassende Vorschläge zur radikalen Verringerung der strategischen Offensivwaffen, zur Beseitigung der in Europa stationierten Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA, zum Einfrieren der Raketen mit einer Reichweite unter 1000 Kilometern, zur strikten Einhaltung der Bestimmungen des ABM-Vertrages und zum vollständigen Verbot der Kern-Explosionen und der Militarisierung des Weltraums unterbreitet.

Diese kühnen Vorschläge, so erklärte Erich Honecker zum Treffen in Reykjavik, zeugen von der Entschlossenheit der Sowjetunion, die Welt bis zum Jahr 2000 von allen Atomwaffen zu befreien. (Vgl. dazu: E. Honecker zum Treffen in Reykjavik, in: Neues Deutschland, Berlin 14. 10. 1986, S. 2)

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen einmütig die von der UdSSR in Reykjavik vertretene Position. Sie gehen davon aus, daß die Grundzüge für solch ein konstruktives Herangehen an die Lösung dieser gewichtigen Aufgaben die Einheit und Geschlossenheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, ihres Verteidigungsbündnisses und der Ausbau ihrer Zusammenarbeit auf allen Gebieten ist. Erst diese vereinte politische, militärische und ideologische Kraft gibt der konsequenten Friedenspolitik den notwendigen Rückhalt und politischen Spielraum und rechtfertigt unseren Optimismus, daß sie erfolgreich sein wird.

Wettrüsten durch Dialog überwinden

Zustandekommen, Verlauf und Ergebnisse des Treffens von Reykjavik unterstreichen mit Nachdruck die Richtigkeit der auf dem XI. Parteitag der SED gegebenen Einschätzung der internationalen Situation und die daraus abgeleiteten Aufgabenstellungen, an deren vorderster Stelle das „konsequente(s) Wirken für die Aktivierung und das gemeinsame Handeln aller Kräfte des Friedens, der Vernunft und des Realismus mit dem Ziel, durch effektive Schritte der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einen Kernwaffenkrieg abzuwenden, die Militarisierung des Weltraums zu verhindern, die Kernwaffen abzuschaffen und die Konfrontation durch die Zusammenarbeit der Staaten zu überwinden“ (E. Honecker, Bericht des ZK der SED an den XI. Parteitag der SED, Dietz Verlag, Berlin 1986, S. 14) steht. Dies erfordert, die Chancen des politischen Dialogs und der Inter-systemaren Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Friedenssicherung und -gestaltung zu nutzen und den Gefahren des Wettrüstens mit all seinen quantitativen und qualitativen Dimensionen mit ganzer Konsequenz zu begegnen. In seiner Erklärung zum Treffen in Reykjavik betonte Erich Honecker, daß es jetzt erst recht an der Zeit sei, die Chance zu nutzen, die sich durch die friedliche gewordenen Chance zu nutzen und dafür einzutreten, daß die Frage Krieg oder Frieden zugunsten des Friedens entschieden wird. Dies ist die einzig mögliche Antwort auf die Alternative unserer Zeit, ... entweder durch Konfrontation und Wettrüsten ein Absterben in den Abgrund nuklearer Selbstvernichtung zuzulassen, oder aber ihre Idee der Menschheit Denk- und Handlungsweisen mit den Realitäten des nuklear-kosmischen Zeitalters in Einklang zu bringen und die internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens für die Beseitigung des Friedens umzusetzen“ (Brief sozialistischer Außenminister an den Generalsekretär der UNO, in: Neues Deutschland, Berlin 13. 8. 1986, S. 1) Einer fruchtbareren Zuspitzung der internationalen Situation liegt ein ganzes Komplex gewichtiger politischer, ökonomischer (einschließlich wissenschaftlich-technischer), militärischer und militärpolitischer Prozesse und Faktoren zu Grunde.

Als erstes sind in diesem Zusammenhang jene zu nennen, die mit den qualitativen und quantitativen Entwicklungen der nuklearen Massenvernichtungswaffen verbunden sind. Mit ihren interkontinentalen Präzisionsvermögen führen sie zu einer globalen Bedrohung der Menschheit, wissenschaftliche Untersuchungen

in Ost und West sagen übereinstimmend aus, daß allein die Anwendung bereits existierender Massenvernichtungswaffen katastrophale humanmedizinische, klimatische und biologische Wirkungen für die menschliche Zivilisation hervorbringen würde (Vgl. dazu: M. Schmidt, E. Schwarz, Frieden und Sicherheit im nuklear-kosmischen Zeitalter, Teil 1, in: IPW-Berichte 13 (1986) 8, S. 2 f.), die ihr Verschwinden zur Folge hätte. Schon dies allein zeigt den Wahnsinn der Überlegungen einflussreicher aggressiver Kreise der Monopolbourgeoisie, siegreich aus einem Atomkrieg hervorgehen zu können.

Erstens, daß die Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens im Handeln der Staaten höchste Priorität hat. Dieser Imperativ ist nicht vereinbar mit der von den USA angestrebten neuen Qualität in der Rüstung die von ihnen als Instrument gedacht ist, ihre Politik von gestern auch unter den neuen Bedingungen in der Welt durchzusetzen. Vielmehr ist auf allen Gebieten der internationalen Beziehungen eine Politik aller Staaten notwendig, die den immer stärker komplexer und komplizierter werdenden Interdependenzen in unserer Welt Rechnung trägt.

Daraus leitet sich ein zweiter Aspekt ab: Er besteht in der Notwendigkeit, die Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit neu zu bewerten. Und dies in doppelter Hinsicht: Einmal hat sich auch bei den realistisch denkenden Kreisen in den imperialistischen Staaten die Er-

kenntnis durchgesetzt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen des militärischen Kräfteverhältnisses und des Rüstungsstandes die nationale Sicherheit eines Staates oder einer Staatengruppe nicht mehr unabhängig von der anderen Staaten oder der anderen Staatengruppe gewährleistet werden kann. Zum anderen kann das Handeln der Staaten zur Erhaltung des Weltfriedens nicht nur auf die Gewährleistung der militärischen Sicherheit beschränkt bleiben. Es ist vielmehr geboten, daß die Staaten in ihren Anstrengungen zur Sicherung des Friedens die militärischen, politischen, ökonomischen und humanitären Aspekte der internationalen Sicherheit in ihren Wechselwirkungen beachten und in den Dialog und in die Zusammenarbeit einbeziehen. Das heißt: In allen Bereichen der internationalen Beziehungen muß darum gerungen werden, eine neue, unserer Zeit adäquate Denk- und Handlungsweise der Staaten durchzusetzen. Mit ihrem Vorschlag zur Schaffung eines allumfassenden Sicherheitssystems hat die Sowjetunion dafür wichtige Wege aufgezeigt.

Die vergangenen Tage, Wochen und Monate zeigten die Richtigkeit der auf dem XI. Parteitag der SED gegebenen außenpolitischen Orientierungen. Sie zeigten auch die Fähigkeit der DDR, in ihrer Gemeinschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, diese Orientierungen trotz z. T. massiver Widerstände reaktionärer Kreise der Monopolbourgeoisie der imperialistischen Staaten politisch-praktisch umzusetzen. Dies zeigt sich in besonderer Weise – im erfolgreichen Abschluß der Stockholmer „Konferenz zu den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und Abrüstung in Europa“. Die dort erzielten Ergebnisse sind ein Beweis dafür, daß

August 1985: Die Sowjetunion unterbreitet der UNO ein Dokument mit dem Titel „Hauptrichtungen und Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums unter den Bedingungen seiner Nichtmilitarisierung (Vorschläge der UdSSR)“. Damit wird ein Alternativprogramm zu den amerikanischen Sternkriegsplanen (SDI) vorgelegt.

September 1985: Die DDR und die CSSR schlagen der BRD-Regierung vor, mit der DDR und der CSSR Verhandlungen über die Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Mitteleuropa aufzunehmen.

November 1985: In Genf kommt es zu einem Gipfeltreffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow und dem USA-Präsidenten Ronald Reagan. In einer gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung werden die Ergebnisse festgeschrieben:

- die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und die Gesundung der internationalen Lage sind notwendig.
- ein Kernwaffenkrieg darf nicht entfesselt werden und in ihm kann es keinen Sieger geben.
- keine der beiden Seiten wird nach Erlangung militärischer Überlegenheit streben.

Weiter wurde vereinbart: - die Arbeit bei den Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumrüstungen zu beschleunigen und

internationalen Lage und die zuverlässige Gewährleistung der Sicherheit der Völker.“

April 1986: Auf dem XI. Parteitag der SED schlägt Michail Gorbatschow in seiner Rede eine bedeutende Reduzierung aller Komponenten der Landstreitkräfte und der taktischen Fliegerkräfte, die in Europa vom Atlantik bis zum Ural stationiert sind, vor.

Juni 1986: In Budapest treffen sich die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses. Sie richten einen „Appell der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an die Mitgliedstaaten der NATO, an alle europäischen Länder zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa“.

Dieser Appell enthält ein konkretes und umfassendes Programm zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstung vom Atlantik bis zum Ural, es wird u. a. eine 20prozentige Reduzierung der Streitkräfte und taktischen Fliegerkräfte in Europa – mit entsprechenden strengen Kontrollmaßnahmen – vorgeschlagen.

August 1986: Die Sowjetunion verlängert erneut ihr einseitiges Moratorium zur Einstellung aller Kernwaffenstarts bis zum 1. Januar 1987. Die Erreichung eines Kernwaffenstillverbots wird als ein wirksames Mit-

Vorschläge der Sowjetunion zielen auf eine Befreiung unserer Welt von Kernwaffen

Eine Dokumentation über den Kampf der sozialistischen Staaten für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung von August 1985 bis Oktober 1986

sich dafür einzusetzen, daß es zu baldigen Fortschritten kommt, - eine 50prozentige Reduzierung der strategischen nuklearen Rüstung beider Seiten zu erreichen, - eine Zwischenvereinbarung bei den nuklearen Mittelstreckenraketen herbeizuführen, - beide Seiten unterstützen das allgemeine und vollständige Verbot der chemischen Waffen.

An diese positiven Ergebnisse konnte jedoch in der Folgezeit nicht angeknüpft werden, da die USA mit ihren praktischen Taten weiterhin auf Konfrontation setzen.

15. Januar 1986: Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, unterbreitet in einer Erklärung ein umfassendes langfristiges Abrüstungsprogramm. Im Mittelpunkt steht die Befreiung der Welt von den Kernwaffen (in drei Etappen) bis zum Jahre 2000. Darüber hinaus werden in allen anderen Bereichen der Abrüstung wichtige Vorschläge unterbreitet (z. B. Beseitigung der chemischen Waffen, Reduzierung der konventionellen Rüstung, Kontrollfragen).

Februar 1986: Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU wird die Realisierung der Erklärung vom 15. Januar 1986 ... als die zentrale Richtung ihrer Außenpolitik in kommenden Jahren“ angesehen. Gleichzeitig schlägt die Sowjetunion auf dem Parteitag die Errichtung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit vor. Es werden prinzipielle Grundlinien eines solchen Systems auf vier Gebieten vorgeschlagen (auf dem militärischen, politischen, wirtschaftlichen und humanitären Gebiet).

Auf dem XI. Parteitag der SED wurden die wichtigsten außenpolitischen Ziele im Kampf um den Frieden für die DDR formuliert: „Konsequentes Wirken für die Aktivierung und das gemeinsame Handeln aller Kräfte des Friedens, der Vernunft und des Realismus mit dem Ziel, durch effektive Schritte der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung einen Kernwaffenkrieg abzuwenden, die Militarisierung des Weltraums zu verhindern, die Kernwaffen abzuschaffen und die Konfrontation durch die Zusammenarbeit der Staaten zu überwinden ... Wir setzen uns ein für - die vollständige Einstellung der Nuklearstarts als den ersten Schritt, um die Welt von Atomwaffen zu befreien,

- den Stopp der Stationierung und die schrittweise Demontage der in Europa bereits aufgestellten Nuklearsysteme, - die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen in Europa, - die Schaffung von kern- und chemiewaffenfreien Zonen, - die Errichtung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa, - eine radikale Gesundung der in-

tel zur Schaffung einer Wende in der Abrüstungsfrage angesehen, denn damit würde die Weiterentwicklung neuer Waffensysteme wirksam gestoppt werden.

September 1986: Den konsequenten und ausdauernden Bemühungen der sozialistischen Staaten ist es zu verdanken, daß die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa in Stockholm zu einem vorläufigen positiven Ergebnis kommt. Es konnte ein Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa verabschiedet werden. Es wurden umfangreiche Kontrollmaßnahmen beschlossen.

Oktober 1986: In Reykjavik kommt es auf Initiative der UdSSR zu einem Treffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow. Die historische Chance, die dieses Treffen botte, eine Wende in der Abrüstungsfrage herbeizuführen, wurde durch die amerikanische Seite verfehlt. In seiner Fernsehansprache vom 22. Oktober nennt Michail Gorbatschow noch einmal die wichtigsten Vorschläge der UdSSR:

„Erstens: Alle strategischen Waffen ohne Ausnahme werden auf die Hälfte reduziert.“

Zweitens: Die sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa werden vollständig beseitigt, und es werden unverzüglich Verhandlungen aufgenommen über Raketen dieses Typs in Asien sowie auch über Raketen mit einer Reichweite von weniger als 1000 Kilometern, dessen Zahl wir sofort einzufrieren vorgeschlagen haben.

Drittens: Das Regime des ABM-Vertrages wird gelöst, und über die vollständige Verbot von Nuklearstarts werden umfassende Verhandlungen aufgenommen.“

Jedoch die unnachgiebige Haltung der USA in der Frage der Sternkriegsplanen (SDI) brachte das Treffen zum Scheitern. Warum keine Einigung ohne eine Absage an SDI möglich ist, dazu erklärte Michail Gorbatschow: „Die Hauptgefahr von SDI sehen wir gerade in der Ausdehnung des Wettrüstens in eine neue Sphäre, in dem Bestreben, mit Offensivwaffen in den Kosmos vorzudringen und auf diese Weise militärische Überlegenheit zu erreichen.“

Oktober 1986: Die Delegationen der SED und der SPD legten auf einer internationalen Pressekonferenz ein Dokument über die „Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa“ vor. Ein solcher Korridor soll 300 Kilometer breit sein und sich auf dem Territorium der BRD, DDR und CSSR erstrecken und frei von jeglichen Kernwaffen sein.

Dr. B. BLASS, IIS



Die Friedensbewegung in den kapitalistischen Staaten stellt einen wichtigen Faktor im weltweiten Kampf um Abrüstung und Entspannung dar. Mit mächtvollen Aktionen demonstriert sie gegen SDI und neue Atomraketen, gegen die kriegstreibende Politik der Reagan-Administration.



Menschen in vielen Ländern bekunden mit ihrer Unterschrift ihre Forderung nach einer kernwaffenfreien Welt. Foto: Archiv

DDR leistet einen aktiven Beitrag

Die vergangenen Tage, Wochen und Monate zeigten die Richtigkeit der auf dem XI. Parteitag der SED gegebenen außenpolitischen Orientierungen. Sie zeigten auch die Fähigkeit der DDR, in ihrer Gemeinschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, diese Orientierungen trotz z. T. massiver Widerstände reaktionärer Kreise der Monopolbourgeoisie der imperialistischen Staaten politisch-praktisch umzusetzen. Dies zeigt sich in besonderer Weise – im erfolgreichen Abschluß der Stockholmer „Konferenz zu den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und Abrüstung in Europa“. Die dort erzielten Ergebnisse sind ein Beweis dafür, daß